



**Michael Schrodi**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

### Politik für Millionen statt für Multimillionäre: Michael Schrodi stellt sich hinter VdK-Forderung nach einer Vermögensabgabe

Olching, 17.08.2020

**Michael Schrodi, MdB**  
Ilzweg 1  
82140 Olching  
Telefon: +49 8142 501 0589  
Fax: +49 8142 501 3962  
michael.schrodi.wk@bundestag.de

**Berliner Büro:**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Otto-Wels-Haus  
Raum: 5.027  
Telefon: +49 30 227-77541  
Fax: +49 30 227-70541  
michael.schrodi@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

**Die aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hat aufhorchen lassen: Die im internationalen Vergleich bereits hohe Vermögensungleichheit in Deutschland ist noch größer als bisher angenommen. Das reichste Prozent der Bevölkerung vereint 35 % des Vermögens auf sich. Dagegen weist die untere Hälfte der Bevölkerung nur geringes Vermögen, vielfach sogar Schulden auf. Damit hat Deutschland die höchste Ungleichheit bei privaten Vermögen in Europa, die durch die Corona-Krise noch verschärft wird.**

In Deutschland ist deshalb eine neue, gerechte Lastenverteilung für die aktuellen und kommenden Aufgaben dringend erforderlich. Michael Schrodi, SPD-Kreisvorsitzender und Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages: „Die Forderung des VdK ist richtig! Eine stärkere Beteiligung höchster Vermögen an der Bewältigung der Corona-Krise und zur Verringerung sozialer Ungleichheit ist volkswirtschaftlich richtig und stärkt den sozialen Zusammenhalt“.

Vermögenssteuern und Abgaben gab es in Deutschland von Zeiten des Kaiserreiches bis zur vorläufigen Aussetzung 1997. In den letzten Jahrzehnten hat sich das Steueraufkommen jedoch verlagert: Hohe Einkommen und Vermögen leisten einen immer geringeren Beitrag zu den Steuereinnahmen, dafür nahmen die indirekten Verbrauchssteuern zu. Diese haben aber eine regressive Wirkung: Je geringer das Einkommen, desto größer die steuerliche Belastung. Deshalb hat Michael Schrodi in einem Forderungskatalog für das Corona-Konjunkturprogramm als Erster die Senkung der Mehrwertsteuer gefordert, denn sie ist schnell umzusetzen und entlastet wie keine andere Steuersenkung kleine und mittlere Einkommen.

Um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise zu bewältigen, werden weiterhin hohe öffentliche Ausgaben notwendig sein. Damit stellt sich die Gretchenfrage: Wie hältst du´s mit der Finanzierung? Konservative und Liberale – auch aus unserer Region – bauen auf freiwillige Almosen und wollen



Kürzungen bei den dringend notwendigen Zukunftsinvestitionen und beim Sozialstaat. Dieser neoliberale Weg ist eine soziale, ökologische und volkswirtschaftliche Sackgasse. Michael Schrodi plädiert mit Nachdruck für einen anderen Weg: „Wir setzen auf eine Neubelebung des Leistungsbegriffs. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das Handwerk, kleine und mittelständische Unternehmen tragen mit großem persönlichen Einsatz zum Wohlstand unserer Gesellschaft bei, während große Vermögen oft leistungslos vermehrt und stark konzentriert von einer Generation auf die nächste übertragen werden. Das muss sich ändern“. Die DIW-Studie zeigt zudem: Über die Hälfte des Vermögens stammt nicht aus eigener Arbeit, sondern wurde geerbt oder geschenkt. „Sozialer Aufstieg wird so trotz großer Anstrengung immer schwerer. Er ist aber Grundvoraussetzung für eine Leistungsgesellschaft und Voraussetzung dafür, dass die Menschen Vertrauen in unseren demokratisch verfassten Sozialstaat haben. Wir wollen das Vertrauen wieder stärken“, betont Michael Schrodi.

Studien von OECD und IWF verweisen zudem auf den negativen Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und wirtschaftlicher Prosperität. Oder um es kurz zu sagen: Bei zu großer Vermögenskonzentration sägen die Multimillionäre an dem Ast, auf dem sie sitzen. Eine einmalige Vermögensabgabe, die Wiederbelebung der Vermögensteuer und auch eine europäische Finanztransaktionssteuer auch auf hochspekulative Derivate sind deshalb leistungsgerecht und dringend erforderlich. Es geht nicht um Neid. Es geht um wirtschaftliche und soziale Vernunft.

Die SPD will die Abgaben von Klein- und Mittelverdienern senken, die Kaufkraft stärken und gleichzeitig den sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft voranbringen. Der beschriebene Weg ist deshalb richtig. Die beständig wiederholte Mär der Konservativen und Liberalen hingegen ist falsch: Die Mittelschicht, die breite Masse der Bevölkerung musste früher nicht und wird auch zukünftig bei den hohen Freibeträgen keine Vermögensabgaben und Vermögenssteuern zahlen. **„Wir wollen eine Politik für Millionen statt für wenige Multimillionäre“**, macht Michael Schrodi klar.

Die Sicherung des insgesamt wachsenden Wohlstandes gelingt nicht, wenn er nur einem kleinen erlauchten Kreis vorbehalten ist, während Millionen trotz harter Arbeit auf keinen grünen Zweig kommen und einer unsicheren Zukunft entgegensehen. Deshalb brauchen wir neben fairen Löhnen auch faire Steuern. Das schafft mehr gesellschaftliche Gerechtigkeit und ist ein Beitrag, das Jahrhundertprojekt des sozial-ökologischen Umbaus unserer Gesellschaft finanziell zu stemmen. Für eine lebenswerte Zukunft der kommenden Generationen.